Fernsprech-Stellen
11 Amt I., 532 Neust.-Dresden.

Abonnement vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 3.75. — Inserate Marienstr. 13 bis Nachmitt. 3 Uhr, Sonntags bis 12 Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergasse 6 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachm. Die 1spaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Reklamen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Insertions-Aufträge gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken od. Postanweisung. Inserate nehmen sämmtliche renommirte Annoncen-Expeditionen an. Für Aufgabe einzel. Nummern keine Verbindlichkeit.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Masken-Garderobe,
anerkannt grösste Auswahl eleganter Costüme,
empfiehlt
Bertha Streng,
Schlossstr. 22, II.
(fr. gr. Brüderg. 3).
Pünktliche Besorgung nach auswärts.

Gardinen-Fabrik
von **Ed. Dosa** i. Auerbach i. V., Special- u. Hauptgesch.
Dresden, Waisenhausstr. 25 (Victoria-Salon),
empf. **sächs., engl., schweiz. Gard.** in weiss, crême, bronzegoldfarb. echt Filet-Guip. etc. **Fenster v. 3 bis 100 Mk.**
Mustersend. prompt. Rester zu herabgesetzten Preisen.

Carl Tiedemann, Dresden
Lacke, Firnisse, Oelfarben eigener Fabrik
Marienstr. 27, Fernsprechstelle 294,
Amalienstrasse 19, „ 275,
Heinrichstr., Stadt Görlitz „ 548,
Fabrik: Zwickauerstr. 40, „ 297.

„Invalidendank“
Dresden, Seestrasse 20, I.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Theaterbillet-Verkauf für die Dresdner Theater.
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Erste u. grösste Masken- u. Theatergarderobe, Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren und Damen.
Max Jacobi,
Galeriestrasse 2, parterre und erste Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Nr. 66. 31. Jahrgang. Auflage: 42,000 Expl.

Witterungsaussichten für den 7. März: Nordostwind von mittlerer Stärke bei durchschnittlich starker Bewölkung, mit ausgebreiteten und anhaltenden Niederschlägen. Temperatur wenig verändert.

Dresden, 1886. **Sonntag, 7. März.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bieren in Dresden

Durch den Gesetzvorschlag, das außerdienstliche Einkommen der Offiziere der Gemeindebesteuerung zu unterwerfen, wird ein alter Streitfall beseitigt. Als 1868 die Kommunalsteuerfreiheit der preußischen Offiziere auf den ganzen norddeutschen Bund ausgedehnt wurde, richteten namentlich die in ihren Einnahmen geschmälerten sächsischen und thüringischen Garnison-Städte Gegenvorstellungen an den Reichstag. Da aber damals die neue Einheitlichkeit des Heerwesens oberster Gesichtspunkt war, wurden jene Vorstellungen als Eingebungen des Partikularismus verdächtigt und fanden überall taube Ohren. Jetzt, nach 18 Jahren, erfüllen sich in der Hauptsache die Bitten der nichtpreußischen Garnisonstädte. Daß die Heeresverwaltung das dienstliche Einkommen der Offiziere nicht zu den Gemeindesteuern heranziehen lassen will, findet in den Interessen des militärischen Dienstes, abgesehen von allem Weiteren, seine genügende Erklärung. Die Garnisonstädte werden es mit Freude begrüßen, daß sie künftig wenigstens aus dem außerdienstlichen Einkommen der Offiziere Beiträge zu ihren gemeinnützigen Aufwendungen erhalten. Die Bestimmung erstreckt sich ebenso auf die Pensionen der zur Disposition gestellten Offiziere. Außer den Gemeinden wird aber auch das Offizierskorps als solches und nicht minder das große Heer der Reichsbeamten das jetzige Entgegenkommen des Bundesrathes dankbar begrüßen. Denn wenn das außerdienstliche Einkommen der Offiziere der Gemeindebesteuerung unterworfen sein wird, ist damit das letzte Hinderniß für das Inslebentreten der Pensionsgesetze für die Offiziere und Civilbeamten des Reichs beseitigt. Sie alle genießen künftig erhöhte Pensionen. Eine große Anzahl von ihnen, die bisher nur im Hinblick auf zu niedrige Pensionssätze im Dienste blieben oder von der Verwaltung trotz ihrer immer geringer werdenden Leistungsfähigkeit rücksichtsvoll im Dienst belassen wurde, wird alsbald freiwillig oder einem Winke folgend in Pension gehen. Es wird Raum geschafft für aufsteigende, leistungsfähigere jüngere Beamte. Der Dienst kann damit nur an Exactheit gewinnen. Das Gegenstück dieser Pensionserhöhungen für Offiziere und Civilbeamte des Reichs liegt in der Erhöhung der Reichsausgaben. Sie werden um mehrere Millionen jährlich gesteigert. Die Erbauung des Nordostsee-Kanals, der dem Reiche allmälig die Verzinsung eines Kapitals von mindestens 106 Mill. Mk. auflegt, sowie die zahlreichen Kasernen- und Postbauten, die unvermeidlich sind, bringen ohne weitere und sehr erhebliche Steigerung der Jahresausgaben des Reichs zu Wege. Alle diese Ausgaben hat der Reichstag bewilligt, die Pensionserhöhungen fast ganz, den Bau des Nordostsee-Kanals sogar einstimmig. Für letzteres Unternehmen stimmten sogar die Sozialdemokraten, und für die Erhöhung der Pensionen der Reichsbeamten gingen die Deutschfreisinnigen ganz besonders demonstrativ in's Zeug, um sich bei dem Unterpersonale als die wahren Wohlthäter zu empfehlen. Nun fragt sich's: woher soll das Reich die Geldmittel nehmen, um die von seiner Volksvertretung eifrig bewilligten Mehrausgaben zu bestreiten? Die Deutschfreisinnigen und Sozialdemokraten führen das alte Manöver auf: erst sich lieb Kind durch Ausgaben-Bewilligung zu machen, nachher aber dem Staat die Mittel zur Deckung zu verweigern und dabei sich noch in den Mantel der Popularität zu hüllen, die das Volk vor neuen Steuern bewahrt.

Diese Sorte von innerlich unwahrer Politik ist jedoch nicht nach dem Geschmacke der staatserhaltenden Parteien. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die höhere Besteuerung des Branntweins eine angemessene Steuerquelle ist, ergiebig genug, um die Bedürfnisse des Reichs und der Einzelstaaten zu befriedigen. Soviel wird man allerdings niemals aus der Erhöhung der Branntweinsteuer herausschlagen können, daß Preußen allein 140 Mill. jährlich vom Reiche ausgezahlt bekommt, wie der Herr Finanzminister von Scholz verlangte, um alle berechtigten Bedürfnisse Preußens bestreiten zu können. Braucht Preußen wirklich so viel, um seine Verwaltung den steigenden Kulturaufgaben entsprechend zu führen, nun, so mag es nur seine eigene Steuerkraft besser anspannen, eine wirksamere Einkommensteuer einführen oder es muß sich eben nach der Decke strecken. Aber erheblich mehr kann Preußen allerdings vom Reiche Zuschüsse erhalten, sobald letzteres den Spiritusverbrauch ergiebiger besteuert. Eine Konsumsteuer vom Branntweingenuß wird wahrscheinlich aus den Trümmern des Monopolplans herausspringen, und Preußen wird sich dabei noch besser stehen als bei dem Monopole selbst. Denn der meiste Schnaps wird doch in Preußen selbst getrunken — Beweis dessen sind schon die Säuferstatistik und die Delirium-Tabellen, die sehr zu Ungunsten Preußens sprechen. Es zeigt sich immer mehr, daß Fürst Bismarck übel berathen war, als er sich von dem Finanzminister v. Scholz zur Einbringung des Schnapsmonopols bereden ließ. Auch die Nationalliberalen sind nicht dafür zu haben. Mehren sich die Monopolgegner so wie es angefangen, so wird im Reichstag nur eine ganz kleine Gruppe von Kartoffelbrennern übrig bleiben, die für das Monopol eintritt, und auch diese hat ihre schweren Bedenken gegen die Art des Monopols, die Herr v. Scholz vorgeschlagen. Dieser Finanzminister hat überhaupt eine unglückliche Hand; erst mit dem Tabak, jetzt mit dem Branntwein wirft er eine tiefgehende Beunruhigung in mächtige Industrien und zuletzt fällt er mit beiden Monopolen durch. Diese Bedrohung und Störung des Erwerbslebens ist unter den jetzigen Zeiten stockenden Geschäftslebens besonders zu tadeln. Nun giebt es verschiedene Auswege, den Branntwein ergiebiger zu besteuern: eine reine Fabrikatsteuer, eine Erhöhung der Maischraumsteuer, eine Verbindung beider Arten, eine Lizenzsteuer oder eine Consumsteuer. Neuerdings wird sehr viel für das sog. Rohspiritus-Monopol geworben. Dieses monopolisirte nur einen Theil des Spiritushandels, ließe aber die Industrie und den Kleinhandel völlig frei. Das Reich würde verlangen, daß aller Rohspiritus zunächst in seine Magazine gehen muß, von wo er dann von ihm mit einem hohen Aufschlag an die Destillieranstalten und an den Handel verkauft wird. Wie aber die im Inlande nicht getrunkenen und verbrauchten Spiritusmassen im Auslande absetzen? Zu diesem Geschäfte ist der Staat mit seinen bureaukratisch-fiskalischen Anschauungen am wenigsten geeignet. Es ist sogar der Gedanke aufgetaucht, Deutschland solle auf dem Weltmarkt allen nichtdeutschen Spiritus todtmachen, ihn durch jahrelange fortgesetzte Unterbietung völlig verdrängen und dem deutschen Spiritus die Alleinherrschaft sichern. Das deutsche Reich würde, denkt man, diesen Konkurrenzkampf siegreich bestehen, weil es allen anderen Ländern, von denen nur einzelne Großhändler auf dem Weltmarkt auftreten, nicht blos mit seinen Finanzmitteln, sondern auch mittelst seiner ungeheuren Spiritusmasse überlegen wäre. Dieser verwegene Plan könnte leicht daran scheitern, daß auch andere Staaten das Monopol bei sich einführten. Zudem sucht es sich stets, früher oder später, wenn Jemand Anderen nicht die Lebensluft gönnt und alle seine Mitbewerber durch Schleuderpreise todt machen will. Behüte Gott unser Reich vor solchem Beginnen! Es wäre zudem nicht das feinste Lob für das deutsche Reich, der alleinige Schnapshändler für alle Welt zu werden. Das Monopol ist eben in jeder Gestalt zu verwerfen, auch als Rohspiritus-Monopol. Entweder die Fabrikat- oder die Consumsteuer ist am geeignetsten, dem Reiche große Erträgnisse zu liefern, ohne die Landwirthschaft zu schädigen.

Gladstone hat den ersten Angriff seiner konservativen Gegner siegreich abgeschlagen. Er ist bezüglich der irischen Frage zu dem Ergebniß gelangt, jenem Plane die Bildung einer eigenen Regierung in Irland mit einem Parlamente in Dublin zu Grunde zu legen. Doch wird hierüber erst das nächste Parlament entscheiden. Dem jetzigen will Gladstone Vorschläge zur Besserung der sozialen Ordnung unterbreiten, und er hat dabei im Wesentlichen die Bodengesetzgebung im Auge. Welcher Art seine Vorschläge dabei sind, wird er erst am 1. April darlegen — ein etwas unmißliches Datum! Parnell, das Haupt der irischen Nationalpartei, ist mit diesem Programm Gladstone's: erst soziale und wirthschaftliche, dann später politische Reformen, durchaus einverstanden; er hat die einflußreichsten Irländer dahin verständigt, daß man sich ganz auf Gladstone verlassen könne. Inzwischen erweitern sich die Widersprüche im Ministerium Gladstone's selbst; es werden mehrere Minister, darunter der radikale Chamberlain ausscheiden müssen, sonst kann Gladstone dem Parnell nicht sein Versprechen halten und sein Programm durchführen. Des Unterhauses scheint Gladstone sicher zu sein. Die sich noch sträubenden Elemente unter den Liberalen werden sich doch der Erkenntniß nicht verschließen können, daß England große Sünden an Irland gutzumachen hat.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr.“ vom 6. März.

Berlin. Reichstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung theilt Abg. v. Schalscha (Centrum) mit, daß er wegen seiner neulichen Aeußerung, zwei große Bankfirmen ließen in der Schweiz Thaler ausprägen, um sie in Deutschland in Cirkulation zu setzen, zum gerichtlichen Zeugniß aufgefordert worden sei, daß er unter Berufung auf Art. 30 der Verfassung das Zeugniß aber abgelehnt habe, worauf man ihm den Zeugnißzwang angedroht habe. Die Angelegenheit wird auf eine der nächsten Tagesordnungen gesetzt. — Hierauf wird die Berathung des Branntweinmonopols fortgesetzt. Staatssekretär v. Bötticher entschuldigt das Fernbleiben des Reichskanzlers mit Krankheit. Fürst Bismarck hoffe, in der Kommission sowohl wie bei der 2. Lesung im Hause seinen Standpunkt vertreten zu können. Zugleich tritt Staatssekretär v. Bötticher im Auftrage des Reichskanzlers dem Gerücht entgegen, als ob Fürst Bismarck selbst die Annahme des Monopols nicht wünsche. Der Reichskanzler halte das Monopol nach wie vor für die beste Form der Branntweinbesteuerung. Selbst wenn dies nicht der Fall wäre, würde er gegenüber der Vorlage der verbündeten Regierungen, die ihm zugeschriebene Haltung nicht einnehmen. Redner verliest sodann ein Schreiben des Reichskanzlers, worin dieser Werth darauf legt, auch nicht einen Augenblick solche Verdächtigung ausgesetzt zu sein. v. Bötticher meint, die Kolportage solcher Gerüchte sei nichts Neues, es werde ein förmliches Gewerbe daraus gemacht (Rufe links: von Wem denn?). Die verbündeten Regierungen hielten an der Hoffnung fest, daß die Kommissionsberathung die Zahl der Freunde für die Vorlage genügend vermehren werde, um letztere durchzubringen. — Graf Herbert Bismarck konstatirt, er habe bei seiner vorjährigen Rede in Ratzeburg, als das Monopol von ihm erwähnt worden sei, nur ausgesprochen, was in seiner Fraktion darüber gedacht worden sei, ohne Kenntniß von der Vorberathung der Monopolvorlage zu haben, die im Finanzressort ganz geheim betrieben worden sei, so daß andere Ressorts eben so wie er keine Kenntniß davon gehabt hätten. Fürst Hatzfeldt-Trachenberg ist für die Vorlage beziehungsweise für Erhöhung der Branntweinsteuer. Er tritt dem Gedanken einer Konsumsteuer nicht entgegen, hält letztere aber unvereinbar mit der Beibehaltung der Maischraumsteuer. Oechelhäuser (nat.-lib.) hält die Erwartung, daß sich die Zahl der Freunde des Monopols vergrößern werden, für unbegründet. Ihm sei noch kein „unsicherer Cantonist“ vorgekommen, der sich zum Monopol bekehrt habe. Die Nationalliberalen seien für Ablehnung des Monopols, aber im Gegensatz zu den Freisinnigen für Höherbesteuerung des Branntweins. — „Bezüglich der künftigen Lösung der Steuerfrage werde wahrscheinlich der Vorschlag einer Konsumsteuer in Verbindung mit der Maischraumsteuer die Oberhand behalten. Gegen die Trunksucht bedürfe es außer einer Steuererhöhung einer Verschärfung des Strafgesetzbuches. Bamberger spricht sich gegen das Monopol, wie überhaupt gegen die gesammte Finanzpolitik aus, weil Letztere das Reich zum Steuerboden der Einzelstaaten mache und den durch Gesetze bekämpften Sozialismus praktisch durchführe. Minister v. Scholz: Die Regierung entnehme dem sozialistischen Programm was gut und durchführbar sei, verhindere aber Gewaltakte. Windthorst ist für die Kommissionsberathung, um dem Kanzler Gelegenheit zu weiteren Aufschlüssen zu geben. Die Ausarbeitung von Steuervorschlägen könne nicht Aufgabe der Kommission sein. Die Vorlage wurde an eine 28-gliedrige Kommission verwiesen. — Tagesordnung für Montag: Wiedereinführung der Berufung.

Berlin. Die Budgetkommission des Reichstags nahm im Nachtragsetat die Errichtung eines sechsten Civilsenats beim Reichsgericht in Leipzig an. — Die Schulkommission des Abgeordnetenhauses nahm mit 13 gegen 6 Stimmen die Polenvorlage betreffend die Schulversäumnisse an. Dagegen waren nur das Centrum und die Polen.

Berlin. Der Kaiser ist durch anhaltende Heiserkeit an das Zimmer gefesselt, die Kontusionserscheinungen an den Hüften sind in Rückbildung begriffen und veranlassen weitaus nicht mehr so lebhafte Schmerzen wie früher. — Windthorst beantragt, bei dem Reichstag zu erklären, daß bei einem Zeugniß das Zwangsverfahren gegen Reichstagsabgeordnete wegen Aeußerungen im Reichstage unzulässig sei.

Wien. Der Zusammentritt der Botschafterkonferenz in Konstantinopel erfolgt auf besonderen Wunsch der Pforte zur protokollarischen Genehmigung des im Sinne Rußlands modifizirten türkisch-bulgarischen Vertrags.

Berliner Börse. Renten, besonders russische Orientanleihen, waren fest; auf allen übrigen Gebieten machte sich Realisationslust geltend. Spekulative Banken waren schwächer, deutsche Bahnen ziemlich fest, österreichische still, Bergwerke ohne einheitliche Tendenz. Im Kassaverkehr überwog, außer für Banken, Festigkeit; in Industrien fanden lebhafte Umsätze statt. Deutsche Fonds verkehrten etwas schwächer, österreichische Prioritäten recht fest. Privatdiskont 1½ Proz.

Frankfurt a. M., 6. März. Credit 249¼. Staatsbahn 266¾. Lombarden 101¾. Galizier 167¼. Egypter 68,80. 4proz. Unear. Goldrente 84,50. Gotthardbahn —,—. Disconto 2,40. Darmstädter —. Fest.

Wien, 6. März. Credit 298,40. Staatsbahn 254,00. Lombarden 126,00. Nordwestb. 174,25. Marknoten 61,65. Ung. Credit 305,25. Fest.

Paris, 6. März. Schluß. Rente 82,20. Anleihe 109,77. Italiener 98,50. Staatsbahn 512½. Lombarden 268,75. do. Prioritäten —. Spanier 67,81. Cert. Goldrente —. Egypter 348,00. Ottomanen 558,00. Ruhig.

London, 6. März. Bankausw. 11 Uhr 10 Min. Consols 101¼. 1873er Russen 104¾. Italiener 97¼. Lombarden 10¼. Konv. Türken 14¼. Cons. fundirte Amerikaner 129¾. 4proz. Ungar. Goldrente 83¼. Oesterr. Goldrente 93. Preuß. Consols 104. Egypter 68¼. Neue Egypter 98¼. Ottomanbank 11¾. Suez-Actien 84¼. — Stimmung: ruhig. — Wetter: Schnee.

Stettin, 6. März, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen fest, loco 133—153, pr. April-Mai 156,50, pr. Sept.-October 165,00. Roggen behauptet, loco 122—130, pr. April-Mai 133,50, pr. September-October 138,00. Rüböl unverändert, loco pr. April-Mai 43,70, pr. September-October 45,50. Spiritus behauptet, loco 35,80, pr. April-Mai 37,00, pr. Juni-Juli 38,50, pr. Juli-August 39,20. Petroleum loco versteuert Usance 1½, Proc. Tara 12,50.

Breslau, 6. März, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. März 34,50, pr. April-Mai 35,50, pr. Juli-August 38,00. Roggen pr. März 127,50, pr. April-Mai 130,00, pr. September-October 130,00. Rüböl loco pr. März 45,00, pr. April-Mai 45,00. Fest. — Weizen: Behpt.

Amsterdam (Produkten). 6. März. (Schluß.) Weizen per März —, per Mai 211. Roggen per März 130, per Mai 135.

Lokales und Sächsisches.

— Ihre Maj. die Königin gab gestern Abend wiederum Theegesellschaft, zu welcher eine große Anzahl Einladungen ergangen waren.

— Auch Se. Kgl. Hoheit Prinz Georg, wie mehrere andere deutsche Fürstlichkeiten, stellen sich der in Berlin und Frankfurt a. O. angeregten Idee, dem verewigten Prinzen Friedrich Karl von Preußen ein National-Denkmal zu errichten, sympathisch gegenüber. Zur Zeit existirt erst ein provisorisches Komitee, aber es sind bereits gegen 4000 Mark Geld vorhanden. Näheres erfährt man durch Schriftsteller Adolf Bettin, Frankfurt a. O.

— Zum Nachfolger des im Januar verstorbenen Hofrath Zimmermann als Stiftssyndikus beim Hochstift Meißen wurde jetzt Rechtsanwalt Stadtrath Francke gewählt.

— Am Vorabend des Geburtsfestes Sr. Maj. des deutschen Kaisers, Sonntag, den 20. d., wird der konservative Verein eine Festfeier im großen Saale des Belvedere veranstalten, wozu Herr Archidiakonus Lieschke (an der Annenkirche) die Festrede übernommen hat.

— Dem Bericht des Abg. Gelbke über die Eisenbahnpetitionen ist der Bericht des Abg. Starke über die Brücken- und Straßenbaupetitionen auf dem Fuße gefolgt. Derselbe registrirt 13 verschiedene Wünsche. Von denselben werden folgende der Regierung zur Erwägung empfohlen: Bau einer Muldenbrücke bei Klosterhuta, Ausbau der Straße Kreischa-Niedersedlitz, Bau einer Straße von Großröhrsdorf nach Radeberg, Herstellung des von Königshain über Frankenau nach dem Staatsbahnhof Mittweida führenden Kommunikationsweges als Chaussee und Erbauung einer Straße von Bärenstein nach Hammerunterwiesenthal. Mit Uebergabe zur Kenntnißnahme müssen sich folgende Eingaben begnügen: Ueberbrückung der Mulde bei Podelwitz und bei Köthen, Erbauung einer Straße im Walden Weißeritzthal, Straßenverbindung im Zwönitzthale und Erbauung einer Straße von Pillnitz nach Reitzendorf oder Schönfeld. Auf sich beruhen zu lassen empfiehlt die Deputation schließlich folgende Petitionen: Gewährung einer laufenden Unterstützung zur Unterhaltung der Straße Kreischa-Niedersedlitz, Erbauung einer Chaussee von Radebeug nach Ottendorf und Verlegung der Flöha-Lengefelder fiskalischen Straße.

— Im neunten Verzeichniß der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen figuriren folgende Gesuchsteller aus Sachsen: Zahnkünstler und Redakteur A. Pöschker in Dresden beantragt, eine staatliche Anerkennung des Zahnkünstlerstandes, sowie die Einrichtung von Zahnkünstlerbildungsanstalten, Abnahme eines Examens und Feststellung der Pflichten und Rechte der Zahnkünstler herbeizuführen; Weber Hermann Krügel und Gen. in Reichenbach i. V. (mit 123 Unterschriften) bitten um Annahme des von der sozialdemokratischen Partei eingebrachten Arbeiterschutzgesetzes; H. Vogel in Dresden überreicht Erklärungen zu den in der Reichstagssitzung vom 18. Februar d. J. über seine Person gemachten Ausführungen als Material zur Beurtheilung der Folgen des Sozialistengesetzes; Einwohner zu Chemnitz und Dresden, die Gastwirthe zu Stollberg im Erzgebirge, der kaufmännische Verein zu Riesa, der Gastwirthsverein in Löbau, Einwohner von Dux, Chemnitz, Zwönitz, Chemnitz-Kappel-Gersdorf und Grimmert und Comp. in Siegmar, Buhß und Hesse in Magdeburg, Einwohner von Crimmitschau, Meerane und Penig und Hermann Schulze und Gen. in Glauchau petitioniren gegen Einführung des Branntwein-Monopols und bitten, bezw. den Branntwein nur mit einer mäßigen Steuererhöhung zu belegen.

— Der Artikel 3 des Reichsgesetzes vom 18. Juli 1881 giebt den Centralbehörden die Befugniß, diejenigen Innungen, welche ihre Verfassung den Bestimmungen des Artikels 1, 1. c. entsprechend bis Ende vorigen Jahres nicht umgestaltet haben, auffordern zu lassen, diese Umgestaltung bis längstens zum 31. Dezember 1886 zu bewirken, widrigenfalls sie sich der Schließung zu gewärtigen haben. Das Kgl. Ministerium des Innern wird diese Befugniß nunmehr in Ausübung bringen.

— Die Gesammtzahl der Abiturienten an den 16 sächs. Gymnasien beträgt diese Ostern 411.

— Ein talentvoller junger Architekt, Max Junghändel, Sohn eines Zwickauer Hoteliers, der noch vor Jahresfrist das hiesige Polytechnikum besuchte, hat in einer vom Berliner Architektenverein ausgeschriebenen Preisbewerbung für den Entwurf zu einem auf dem Kreuzberge anzulegenden Wasserhebewerk mit Wasserthurm unter 15 Bewerbungen den 2. Preis erhalten.

— Da die Zahl der Einwohner Dresdens und mithin auch die Zahl der Schulkinder von Jahr zu Jahr wächst, so wird auch mit Beginn eines jeden Schuljahres die Anstellung einer Anzahl neuer Lehrkräfte an den städtischen Volksschulen (8 Bürger-, 18 Bezirksschulen und der Kinderbesserungsanstalt) nothwendig. Diesmal steigt die Ziffer um 33. Es werden demnach von Ostern 1886 an außer den 27 Direktoren 557 Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen fungiren, außer einigen Fachlehrern für's Zeichnen und den Lehrerinnen zu Nadelarbeiten. Die Besoldungsstala der Lehrer ist: 1a.: 3000 Mk., 1b.: 2700 Mk., 2.: 2400 Mk., 3.: 2250 Mk., 4.: 2100 Mk., 5.: 1800 Mk., 6.: 1500 Mk., Hülfslehrer: 1350 Mk., wobei jedoch zu bemerken ist, daß in den unteren Gehaltsklassen die Zahl der Lehrer und Lehrerinnen größer ist als in der oberen.

Regenmäntel-Ulbricht
Neustadt, 14 Heinrichstrasse 14 Neustadt
(Nähe des Kaiser-Wilhelmpl.)